Souveränismus in Deutschland begegnen

Strukturen für Prävention und Resilienz aufbauen und stärken

Policy Brief

1 Einleitung

Soziale Bewegungen, die die Legitimität des Staates ablehnen, stellen eine wachsende Herausforderung für demokratische Gesellschaften dar. In Deutschland hat das Phänomen der sogenannten „Reichsbürger*innen“ und „Selbstverwalter*innen“ in den letzten zehn Jahren erhebliche öffentliche und politische Aufmerksamkeit erlangt. In diesem Policy Brief wird der Begriff „Souveränismus“ verwendet, um das gesamte Spektrum von Ideologien und Verhaltensweisen zu erfassen, das durch ein grundlegendes Misstrauen gegenüber und Delegitimierung von Regierungen und staatlichen Institutionen gekennzeichnet ist.

Im Kern ist Souveränismus von einer Ablehnung jeglicher staatlichen Autorität geprägt. Die Ideologie eng mit Verschwörungsglauben verbunden und überschneidet sich mit esoterischen und spirituellen Weltbildern. Während die Kernaussagen von Souveränismus eindeutig rechtsextrem sind, gibt es auch linksgerichtete Elemente, die den Fokus auf Themen wie Selbstverwaltung, Selbstversorgung und dem Streben nach dem Gemeinwohl legen. Souveränistische Akteur*innen instrumentalisieren aktuelle Ereignisse und gesellschaftliche Krisen, um ihre Weltanschauung zu legitimieren und ihre Narrative zu verbreiten. Infolgedessen reicht der Einfluss von Souveränismus weiter als allgemein angenommen und hat Auswirkungen auf eine Vielzahl von Bereichen, von Strafverfolgungsbehörden und öffentlichen Verwaltungen bis hin zu Schulen und Gesundheitseinrichtungen, die im Umgang mit diesem Phänomen mit spezifischen Herausforderungen konfrontiert sind.

Ein Zusammenspiel aus persönlichen, sozialen und wirtschaftlichen Gründen können dazu führen, dass Menschen sich souveränistischen Überzeugungen zuwenden. Frustration über die Politik, negative Erfahrungen mit Behörden und ein allgemeines Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen spielen dabei eine große Rolle. Darüber hinaus können Isolation und Einsamkeit Menschen dazu veranlassen, nach Gemeinschaft, Zugehörigkeit und Bestätigung in souveränistischen Gruppen zu suchen. So wird versucht, mit Gleichgesinnten eigene, vermeintlich unabhängige Staatsstrukturen und Regierungen aufzubauen.

Nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz umfasste die sogenannte Szene der „Reichsbürger*innen“ und „Selbstverwalter*innen“ im Jahr 2023 etwa 25.000 Personen – eine Zahl, die in den letzten Jahren stetig gestiegen ist. Ein wachsender Teil der Anhänger*innen gilt als gewaltbereit. Bewaffnete Angriffe und die Enthüllung konkreter Umsturzpläne lassen das Gewaltpotenzial der Szene immer wieder deutlich werden. Darüber hinaus trägt die Ideologie zum Vertrauensverlust in demokratische Werte und zur Destabilisierung des sozialen Zusammenhalts und der öffentlichen Ordnung bei.

Angesichts dieser Entwicklungen ist eine strategische, evidenzbasierte und proaktive Reaktion dringend erforderlich. Dieser Policy Brief stützt sich auf empirische Erkenntnisse aus dem Projekt PreP-Ex (Preparing Professionals for the Rising Threat of Anti-Authority Extremism), das sich mit Souveränismus in Deutschland und Anti-Authority Extremism in Kanada befasst. Das Projekt trägt zu einem umfassenderen Verständnis des Phänomens bei, das über seinen ideologischen Kern und über nationale Kontexte hinaus geht. Es bezieht verschiedene Perspektiven ein, darunter Menschen mit souveränistischen Überzeugungen, ihr soziales Umfeld sowie Expert*innen, die im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit mit Anhänger*innen der Bewegung in Kontakt sind.

Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse skizziert der Policy Brief die wichtigsten Risiken und Herausforderungen und formuliert Empfehlungen, um politische Entscheidungsträger*innen darin zu unterstützen, Souveränismus und seinen Auswirkungen in Deutschland zu begegnen.

2 Risiken und Herausforderungen

Gefahren für Anhänger*innen und die Gesellschaft

Die Risiken, die mit souveränistischen Ideologien einhergehen, sind vielfältig und gehen weit über das Gewaltpotential hinaus. Während konkrete Eskalationen oder Umsturzpläne in Deutschland weiterhin Anlass zur Sorge geben, zeigen sich die weitreichendsten Folgen auf individueller und gesellschaftlicher Ebene. Souveränistische Weltbilder und die daraus resultierenden Verhaltensweisen haben meist konkrete Auswirkungen auf das Leben der Anhänger*innen: Sie leiden häufig unter erheblichen psychischen Belastungen, sozialer Isolation und finanziellen Schwierigkeiten. So kann es beispielsweise vorkommen, dass sich ein*e Anhänger*in jahrelang weigert, Steuern oder andere Rechnungen zu zahlen, was zu hohen Gebühren, einem enormen Druck durch Inkassounternehmen oder rechtlichen Konsequenzen führen kann.

Die negativen Auswirkungen auf das Leben von Anhänger*innen souveränistischer Ideologien betreffen in der Regel auch ihr soziales Umfeld. Familien und Freund*innen sind mit Konflikten, Beziehungsproblemen und ebenfalls finanziellen Herausforderungen konfrontiert. Besonders Kinder und Jugendliche leiden unter den souveränistischen Überzeugungen ihrer Erziehungsberechtigten: Verletzung der Schulpflicht oder die Ablehnung medizinischer Versorgung können ihr Wohlergehen ernsthaft beeinträchtigen.

Souveränistische Ideologien stärken feindliche Einstellungen gegenüber staatlichen Institutionen, und anderen offiziellen Stellen wie Medien oder Gesundheitseinrichtungen. Dies erhöht das Risiko von Konfrontationen, Drohungen oder sogar körperlicher Gewalt gegen Personen wie Polizeibeamt*innen, Behördenmitarbeitenden und Politiker*innen. Rechtssysteme und Verwaltungsapparate werden zunehmend durch die Konfrontation mit Anhänger*innen behindert. Durch Taktiken wie „Papierflut“[1] werden Verfahren verzögert, Institutionen überlastet und öffentliche Verwaltungen strapaziert, was die Handlungsfähigkeit staatlicher Stellen untergräbt. Durch den Erwerb von Grundstücken und Immobilien können souveränistische Akteur*innen langfristig Gemeinschaften aufbauen, in denen sich der ideologische Zusammenhalt weiter festigt. Dadurch sehen sich Kommunalpolitiker*innen insbesondere in ländlichen Gebieten mit erheblichen Herausforderungen und einer Bedrohung der öffentlichen Ordnung konfrontiert.

Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene gefährdet Souveränismus den demokratischen Zusammenhalt und führt zu gesellschaftlicher Polarisierung. Die Ideologie befeuert Verschwörungsglauben, schürt mit rassistischen und antisemitischen Narrativen Hass auf Minderheiten und untergräbt so das Vertrauen in demokratische Werte. Auch für Menschen mit zu Beginn gering ausgeprägten staatskritischen Einstellungen ist die Ideologie anschlussfähig, was langfristig zur Normalisierung und Verbreitung von extremistischem Gedankengut beitragen kann.

---

1 Papierflut bezeichnet die gängige Praxis innerhalb der souveränistischen Bewegung, Behörden mit einer übermäßigen Menge an Korrespondenz und Schriftstücken zu „überschwemmen“.

Hindernisse und Herausforderungen für die Prävention

Institutionelle, strukturelle und gesellschaftliche Faktoren erschweren es, Souveränismus in Deutschland effektiv zu begegnen:

- **Stereotype öffentliche Wahrnehmung:** Die mediale Darstellung der Bewegung ist häufig klischeehaft und sensationsgetrieben. Sie konzentriert sich auf extreme Randfiguren und vernachlässigt die ideologische Vielfalt innerhalb des Phänomens. Diese verzerrte Sicht erschwert eine angemessene gesellschaftliche Auseinandersetzung sowie wirksame politische Maßnahmen.
- **Wissenslücken und unklares Ausmaß:** Die Bewegung ist sowohl in der Wissenschaft als auch bei Sicherheitsbehörden bislang unzureichend erforscht. Es mangelt an belastbaren Informationen über Ideologie, Strukturen und Anhänger*innenschaft, was eine fundierte Einschätzung des Einflusses und der potenziellen ideologischen Reichweite erschwert.
- **Gesellschaftliche Krisen als Katalysator:** Krisen wie die COVID-19-Pandemie haben das Vertrauen in demokratische Institutionen geschwächt. Dies schafft einen Nährboden für staatsfeindliche Narrative und kann Einstiegsprozesse in radikale Ideologien begünstigen.
- **Unzureichende Ressourcen in Institutionen:** In Verwaltung und Sicherheitsbehörden zeigen sich strukturelle Defizite, darunter fehlende Materialien und Schulungen zum Umgang mit oder zur Aufklärung über Souveränismus sowie mangelnde Kommunikation zwischen den Behörden.
- **Grenzen behördlicher Zusammenarbeit:** Datenschutzbestimmungen und Verschwiegenheitspflichten schränken den Informationsaustausch zwischen staatlichen Akteuren und zivilgesellschaftlichen Organisationen erheblich ein.
- **Informationsbedarf bei Hilfsangeboten:** Institutionen wie Schuldenberatung, Kinder- und Jugendhilfe oder Sozialdienste verfügen oft nicht über ausreichende Kenntnisse der Ideologie, um Menschen mit souveränistischen Einstellungen adäquat zu unterstützen.
- **Defizite in der Präventionslandschaft:** Beratungsangebote für Personen mit souveränistischem Gedankengut sind nicht flächendeckend verfügbar und häufig projektbasiert ohne langfristige Finanzierung. Es mangelt insbesondere an zielgruppenspezifischen Angeboten, die Distanzierungsprozesse unterstützen, etwa für ältere Erwachsene.
- **Erschwerter Zugang zur Anhänger*innen:** Viele Anhänger*innen lehnen staatliche oder staatlich finanzierte Hilfsangebote grundsätzlich ab oder suchen sie bewusst nicht auf. Dadurch gibt es bislang nur wenige bekannte Fälle erfolgreicher Distanzierung.
- **Verzögerte Umsetzung von Präventionsmaßnahmen:** Derzeit greifen Maßnahmen häufig erst nach fortgeschrittener Radikalisierung. Dieses spät einsetzende, reaktive Vorgehen von (Strafverfolgungs-)Behörden gefährdet nicht selten die Lebensgrundlage (z. B. bei Pfändungen und Zwangsvollstreckungen) und das Wohlergehen von Anhänger*innen. Das verdeutlicht die Notwendigkeit frühzeitiger Präventionsansätze, die nicht von Sicherheitsbehörden durchgeführt werden.

- **Soziale Medien als Beschleuniger:** Plattformen wie Telegram und TikTok spielen eine zentrale Rolle bei der Mobilisierung, Vernetzung und Radikalisierung von Anhänger*innen.
- **Isolation als Radikalisierungsfaktor:** Durch die wechselseitige Entfremdung zwischen der souveränistischen Bewegung und der Mehrheitsgesellschaft ziehen sich Anhänger*innen immer mehr zurück. Gruppierungen durchlaufen eine ideologische Verhärtung.
- **Souveränistische Sympathien innerhalb staatlicher Institutionen:** Mitarbeitende mit souveränistischen Glaubenssätzen stellen ein erhebliches Risiko dar. Werden diese Fälle nicht erkannt oder aufgearbeitet, untergräbt dies die innere Sicherheit und Integrität staatlicher Institutionen.
- **Verschwörungsideologische Interpretationen:** Staatliche Eingriffe werden innerhalb der Bewegung häufig als Bestätigung eines verschwörungsideologischen Weltbilds gewertet. Das kann im Zweifelsfall zu gewaltsamen Eskalationen führen.

3 Empfehlungen zur Prävention und Bekämpfung von Souveränismus

Risiken für die Demokratie erkennen und benennen

- **Die ideologischen Schnittmengen und die Verbreitung dieser Bewegung müssen beobachtet werden.** Die Bewegung gewinnt zunehmend an Attraktivität, vernetzt sich ideologisch stärker und wird durch rechtsextreme Akteur*innen vereinnahmt. Souveränismus geht häufig mit antisemitischen Narrativen, Verschwörungsglauben und ausgeprägten antimigrantischen Einstellungen einher.
- **Die Bewegung muss im Kontext globaler politischer Entwicklungen verstanden werden.** Es ist wichtig, zu beobachten, wie souveränistische Strömungen und gesellschaftliche Entwicklungen zusammenwirken, etwa wenn Populismus zunimmt, rechtsextreme Parteien an Einfluss gewinnen oder libertärer Autoritarismus stärker wird.
- **Reichweite und Auswirkungen von Souveränismus müssen durch quantitative Analysen bewertet werden.** Dafür ist es notwendig, Instrumente zur Klassifizierung und Analyse zu entwickeln, um das Phänomen in seinen gesellschaftlichen Kontext einzuordnen. Dadurch kann ein klareres Verständnis über das Ausmaß der Bewegung, ihre Reichweite und ihre potenziellen Risiken für demokratische Strukturen erhalten werden.

Bewusstsein für Souveränismus stärken

- **Informationen über Souveränismus müssen in die politische Bildung und schulische Lehrpläne aufgenommen werden.** Dabei sollte das Bewusstsein für die Reichweiten, Narrative und Attraktivität souveränistischer Ideologien sowie insbesondere für ihre Verbindungen zu Verschwörungsglauben und anderen extremistischen Weltbildern geschärft werden.
- **Wissen über und Vertrauen in die Demokratie müssen in allen Bildungsbereichen gestärkt werden.** Dazu gehört die über das Institutionswissen hinausgehende Demokratiebildung, um auch die zugrunde liegenden Werte, Prinzipien und die Logik der Partizipation in demokratischen Systemen zu vermitteln. Ebenso sollten der Stellenwert des Grundgesetzes, die Bedeutung aktiver und verantwortungsvoller Bürger*innenschaft sowie die Fähigkeit, sich kritisch mit demokratischen Prozessen auseinanderzusetzen, vermittelt werden. Gleichzeitig sollten Lernende ermutigt werden, sich mit aktuellen Herausforderungen und Unvollkommenheiten demokratischer Systeme zu befassen, um sowohl Engagement als auch kritisches Denken zu fördern.

- **Medienkompetenz muss als zentrale demokratische Fähigkeit im digitalen Zeitalter in allen Lebensphasen mitgedacht werden.** Das heißt, Medienkompetenz sollte nicht nur Teil der schulischen Bildung sein, sondern es sollten auch außerschulische Angebote, z. B. für Menschen in der zweiten Lebenshälfte, bereitgestellt werden. Individuen müssen befähigt werden, Informationen kritisch zu bewerten, Desinformation und Manipulation zu erkennen und sich in komplexen, medialen Räumen verantwortungsvoll zu bewegen.
- **Medien müssen darin unterstützt werden, eine differenzierte Berichterstattung bereitzustellen.** Da Medien eine Schlüsselrolle beim öffentlichen Verständnis souveränistischer Ideologien spielen, ist es notwendig, dabei über eindimensionale Darstellungen wie etwa das stereotype Bild des „Reichsbürgers“ hinauszugehen und stattdessen das gesamte Spektrum souveränistischer Überzeugungen sowie deren Schnittmengen mit anderen Ideologien sichtbar zu machen.

Zusammenarbeit und Wissensaustausch zwischen Akteur*innen

- **Netzwerkstrukturen müssen aufgebaut werden.** Während bundesweite Infrastrukturen eine wichtige Entwicklung darstellen, erfordert Souveränismus als phänomenübergreifende Ideologie noch flexiblere und stärker vernetzte Strukturen. Um eine wirksame Prävention zu gewährleisten, sollten bestehende Initiativen etwa zu Verschwörungsglauben oder Rechtsextremismus ausgebaut werden, um eine breitere, phänomenübergreifende Zusammenarbeit zu ermöglichen. Es braucht Strukturen für einen regelmäßigen Austausch zwischen Praktiker*innen, Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden, Wissenschaft und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Plattformen, wie interdisziplinäre Runde Tische, nationale und regionale Arbeitsgruppen oder internationale Foren, können den Austausch über Wissen, Fallstudien sowie über erfolgreiche und gescheiterte Praxisansätze im Umgang mit souveränistischen Ideologien und verwandten Phänomenen ermöglichen.
- **Der Austausch zwischen verschiedenen Behörden muss gefördert werden.** Dies beinhaltet eine systematische Zusammenarbeit und einen Wissenstransfer, die über verschiedene Zuständigkeitsbereiche sowie Bundes-, Länder- und Kommunalebenen hinweg erfolgen.

Ausbau von Kapazitäten und Verbesserung von Abläufen

- **Schulungen müssen ausgeweitet werden.** Dazu gehören gezielte Weiterbildungsprogramme und Vernetzungsmöglichkeiten für Fachkräfte aus verschiedenen Bereichen. Diese Programme sollten sich auf aufkommende ideologische Trends, Risikobewertung, Präventionsstrategien und den Umgang mit souveränistischen Akteur*innen konzentrieren. Schulungen sollen das Bewusstsein schärfen und den Umgang mit souveränistischen Personen innerhalb der Behörden verbessern.

- **Behörden müssen über ausreichende Ressourcen verfügen,** um auf souveränistische Ideologien und Praktiken reagieren zu können. Dazu gehören eine angemessene Personalstärke sowie der Zugang zu praxisorientierten Instrumenten wie Leitfäden und Handbüchern. Unterstützungsangebote, etwa Supervision oder psychologische Beratung, können hilfreich sein, um mit emotionalen und psychischen Belastungen umzugehen, die im Umgang mit souveränistischen Personen entstehen können.
- **Verwaltungs- und Justizverfahren im Zusammenhang mit der Bewegung müssen beschleunigt werden.** Schnelles Handeln zeigt die Handlungsfähigkeit des Staates in konsistenter und glaubwürdiger Weise. Zeitnahe Entscheidungen und Strafverfolgungen stellen sicher, dass souveränistische Handlungen Konsequenzen nach sich ziehen.
- **Bürokratische Hürden und Fehler innerhalb öffentlicher Institutionen müssen kritisch hinterfragt werden**, um das Vertrauen in Behörden (wieder-)herzustellen. Bürokratische Ineffizienzen, schwer zugängliche und komplexe Verfahren oder Verwaltungsfehler können insbesondere bei bereits enttäuschten Menschen zu Frustration und Entfremdung führen.

Forschung und Praxis ausbauen

- **Es wird zusätzliche Finanzierung benötigt**, um Beratungs- und andere relevante Angebote gezielt im Hinblick auf souveränistische Ideologien auszubauen. Der Fokus muss auf Familien und engen Bezugspersonen als stabilisierende Kräfte liegen; Unterstützungsmaßnahmen sollten helfen, sozialer Spaltung vorzubeugen, Familiendynamiken zu stärken und Anhänger*innen mit niedrigschwelligen und langfristigen Beratungsangeboten in Distanzierungsprozessen zu begleiten. Bestehende Angebote müssen gestärkt, die Unterstützungslandschaft stabilisiert und neue Angebote entwickelt werden. Eine erfolgreiche Umsetzung erfordert ausreichende Ressourcen und eine langfristige Finanzierung.
- **Die Sichtbarkeit und Zugänglichkeit bestehender Unterstützungsstrukturen** müssen durch bundesweite Koordination sowie effektive Öffentlichkeitsarbeit verbessert werden. Die Angebote sollten zugänglich und ansprechend kommuniziert sowie auf verschiedene Zielgruppen zugeschnitten werden.
- **Ältere Zielgruppen müssen durch maßgeschneiderte Präventionsprojekte angesprochen werden**, insbesondere Personen ab 50 Jahren. Diese Angebote sollten einen kritischen Umgang mit Medien und die Resilienz gegenüber Desinformation stärken sowie in Krisenzeiten und Übergangsphasen wie Arbeitslosigkeit oder Insolvenz unterstützen.

- **Die (anwendungsorientierte) Forschung muss ausgebaut werden**, um praxisrelevantes Wissen für die Arbeit mit souveränistischen Anhänger*innen zu generieren. Zentrale Fokusbereiche sollten sein:
  - Strategien, um Anhänger*innen zu erreichen und mit ihnen in Kontakt zu treten.
  - Qualitative Analysen über Hinwendungs- und Distanzierungsprozesse auf Basis von Primärquellen und unter Berücksichtigung von Alters- und Geschlechterdynamiken.
  - Vergleichende Forschung, die die Erkenntnisse in einen breiten internationalen Kontext einbettet, um transnationales Wissen über das Phänomen zu erhalten.

Maßnahmen gegen souveränistische Siedlungen und Landnahme

- **Gezieltes Handeln gegen souveränistische Siedlungen und Grundstückskäufe ist erforderlich,** da diese den sozialen Zusammenhalt in ländlichen Gemeinden untergraben und eine Gefahr für demokratische Werte darstellen.
- **Die lokale Zivilgesellschaft muss insbesondere in ländlichen Regionen gestärkt und unterstützt werden**, indem die Bewohner*innen befähigt werden, souveränistische Entwicklungen zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken. Dafür ist es wichtig, Räume für Dialog und Engagement zu schaffen, die es den Menschen ermöglichen, sich mit diesen Themen auseinanderzusetzen und aktiv zu werden. Bestehende Strukturen wie Gemeindevereine können dabei als effektive Plattformen dienen.
- **Es ist wichtig, die Strukturen in ländlichen Regionen kritisch zu hinterfragen**, die es souveränistischen Siedlungen ermöglichen, sich zu etablieren, und Strategien zu entwickeln, um deren Ausbreitung zu verhindern.

4 Ausblick

Eine umfassende Prävention von Souveränismus geht über die genannten politischen Handlungsempfehlungen hinaus. Ganzheitliche Maßnahmen stellen zugrundeliegende gesellschaftliche Strukturen, das Demokratieverständnis und das Wohlergehen der Gesellschaft in den Mittelpunkt. Souveränismus sollte nicht lediglich als individuelles Versagen oder persönliche Verantwortung gesehen werden, sondern als ein Phänomen, das ebenso durch soziale Umstände und strukturelle Faktoren geprägt ist.

Das bedeutet, dass staatliche, wirtschaftliche und soziale Systeme kritisch hinterfragt werden müssen. Die Forschung zeigt, dass persönliche Belastungen wie finanzielle Schwierigkeiten dazu beitragen können, dass Menschen sich souveränistischen Ideologien zuwenden. Ein Gesellschafts- und Staatssystem, das Menschen in Krisenzeiten unterstützt und Ungleichheit reduziert, spielt eine wichtige Rolle in der Prävention. Gleichzeitig muss die Gesellschaft bereit und in der Lage sein, Personen, die sich von souveränistischen Überzeugungen distanzieren, zu reintegrieren und ihnen Wege der Teilhabe zu eröffnen.

Langfristig ist die Stärkung der demokratischen Resilienz von zentraler Bedeutung. Dies erfordert eine demokratische Kultur, die auf Transparenz, Responsivität und Inklusion basiert. Dabei ist die Verbesserung der politischen Kommunikation ebenso entscheidend wie die Förderung einer Kultur der Verantwortlichkeit und der Bereitschaft, aus Fehlern zu lernen. Gleichzeitig ist es wichtig, politischer Frustration entgegenzuwirken, indem Partizipation ermöglicht und ein Gefühl von Handlungsfähigkeit gefördert wird. Souveränistische Überzeugungen gedeihen häufig dort, wo Menschen sich von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen und gegenüber scheinbar unzugänglichen Institutionen machtlos fühlen. Wenn klar kommuniziert wird, dass sowohl Meinungsverschiedenheiten und als auch Debatten grundlegende Prinzipien der liberalen Demokratie sind, und Pluralismus als demokratischer Wert hervorgehoben wird, kann das dazu beitragen, eine widerstandsfähige Gesellschaft zu schaffen, die resilienter gegenüber spaltenden, antidemokratischen Ideologien wie Souveränismus ist.

Die Auseinandersetzung mit Souveränismus erfordert mehr als kurzfristige oder reaktive Maßnahmen. Sie verlangt langfristige, gesamtgesellschaftliche Anstrengungen, die Menschen ein Leben lang begleiten. Schon im frühen Alter sollten Individuen darin unterstützt werden, demokratische Werte, kritisches Denken und Medienkompetenz zu entwickeln. Ebenso muss sichergestellt werden, dass Menschen aller Altersgruppen kontinuierlichen Zugang zu Bildung sowie Möglichkeiten sozialer und demokratischer Teilhabe erhalten. Es ist zudem wichtig, diejenigen nicht zu vergessen, die durch antisemitische, antifeministische, rassistische und queerfeindliche Einstellungen souveränistischer Ideologien besonders betroffen sind. Sie müssen angemessenen Schutz und Unterstützung erhalten.

Eine umfassende Auseinandersetzung mit Souveränismus ist nicht nur eine Sicherheitsfrage, sondern auch entscheidend für den Schutz demokratischer Werte, sozialer Solidarität sowie des individuellen Wohlergehens. Um dies zu erreichen, ist es wichtig, globale Entwicklungen im Blick zu behalten und Souveränismus als ein Phänomen zu erkennen, das nationale Grenzen überschreitet und transnationale Kooperationen erfordert.

Zum Projekt

Der Policy Brief wurde im Rahmen des Projekts PreP-Ex (Preparing Professionals for the Rising Threat of Anti-Authority Extremism) entwickelt, welches Souveränismus in Deutschland und Anti-Authority Extremism in Kanada untersucht hat. Die Forschung basierte auf Interviews mit Expert*innen aus verschiedenen Bereichen, darunter psychosoziale Fachkräfte wie Berater*innen, Behörden und Strafverfolgungsbehörden. Um unterschiedliche Perspektiven zu gewährleisten, wurden auch Personen befragt, die selbst souveränistische Einstellungen besitzen, und eine Umfrage mit Familienangehörigen, Freund*innen und nahestehenden Personen durchgeführt.

Der Policy Brief wird ergänzt durch zwei weitere Dokumente:

- Ein ***Forschungsbericht***, der eine vertiefte Analyse über das Phänomen in den jeweiligen nationalen Kontexten bietet, sowie dessen Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausstellt. Es werden unter anderem die Ideologie, Gründe für die Hinwendung und Distanzierung sowie Risiken und Gefahren beleuchtet.
- Ein ***Handbuch***, das über Wege der Kommunikation mit Anhänger*innen informiert und Wissen teilt. Es richtet sich speziell an psychosoziale Fachkräfte wie Berater*innen, Sozialarbeiter*innen, Behörden und Strafverfolgungsbehörden.

Autor*innen

Leonie Heims
Anne Selby

© 06/2025, **modus** | zad

Alt-Reinickendorf 25,
13407 Berlin

Disclaimer

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen und Empfehlungen beruhen auf öffentlich zugänglichen Informationen und den Forschungsergebnissen des Projekts PreP-Ex. Sie spiegeln nicht zwangsläufig die Meinungen der Personen oder Institutionen wider, die die Finanzierung dieses Projekts ermöglicht haben.

Empfohlene Zitierweise

Heims, Leonie, Selby, Anne 2025. Souveränismus in Deutschland begegnen Strukturen für Prävention und Resilienz aufbauen und stärken - Policy Brief. Projekt PreP-Ex. modus|zad.

Danksagung

Unser herzlicher Dank gilt dem Canada Centre for Community Engagement and Prevention of Violence bei Public Safety Canada. Das Projekt PreP-Ex konnte dank der finanziellen Unterstützung durch den Community Resilience Fund von Public Safety Canada realisiert werden. Wir sind sehr dankbar für die wertvolle Zeit und das Fachwissen, das uns zahlreiche Expert*innen aus Wissenschaft, Beratungsarbeit, Recht, Sicherheit und Verwaltung im Rahmen dieses Projekts zur Verfügung gestellt haben und für alle Gespräche, die im Rahmen von PreP-Ex geführt wurden. Ihr Beitrag war entscheidend für die Qualität und Tiefe unserer Arbeit.

modus | zad

organization for the prevention of violence

Public Safety Canada

Sécurité publique Canada